



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1921

91 (24.2.1921) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-195992](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-195992)

die in Preußen und im Reich Zentrum, Deutsche Volkspartei, Demokraten und Freiheitssozialdemokraten umfaßt. Ohne eine solche Homogenität — und das bleibt unter allen Umständen festzuhalten — wird die Deutsche Volkspartei nicht mitmachen und werden auch die Demokraten nicht mitmachen, die trotz der neuerlichen Schwächung noch immer stark genug sind, jede mögliche Kombination zu zerlegen. Soweit ist im Augenblick etwa über die Generalidee dieser Verhandlungen zu sagen. Daneben gibt es natürlich noch allerlei Strömungen und Fierren. Vornehmlich bei den Sozialdemokraten, die sich aus ihrem Besitz nicht drängen lassen möchten, vor allem die preussische Verwaltung, zurzeit die Wurzel ihrer Macht, nicht aus den Händen zu lassen wünschen. Alle diese Köpfe unter einen Hut zu bringen, wird noch Wähe genug kosten und wohl doktrinaire Forderungen im Sinne des „Berliner Tageblattes“: das Innenministerium und das Kultusministerium dürfe um keinen Preis einem Volksparteiler ausgeliefert werden, wird die Aufgabe kaum erleichtert. Wir wiederholen: die Hauptfrage bleibt, daß man in diesen vorläufigen Verhandlungen feststellt, welche Parteien im Reich und in Preußen die künftigen Regierungen tragen sollen. Dann soll, so versichert man uns, alles andere ganz korrekt nach dem parlamentarischen Schema verlaufen, will sagen: die Ministerpräsidenten haben und drüben sollen, ohne daß die Fraktionen ihnen im einzelnen die Hände binden, ihre Kabinette sich bilden. Hierbei wird es nach der Festlegung des Primären noch mancherlei Haber und Janz um die einzelnen Ministerien geben. Die Sozialdemokraten werden sich vielleicht nicht allzu schwer von Herrn Konrad Haenisch trennen, aber an ihrem Sebering und vor allem an ihrem Otto Braun werden sie zähe festhalten.

Berlin, 24. Februar. (Von unserem Berliner Büro.) Der „Vorwärts“ rechnet heute aus, daß die alte Koalition im preussischen Landtag über 221 Mandate, also mehr als die absolute Mehrheit verfüge. Die rechten Gegner der alten Koalition, Deutsche Volkspartei, hätten nur 133 Mandate, die linken Gegner, Unabhängige und Kommunisten im ganzen 59 Mandate. Es würde also, selbst wenn die rechte und linke Opposition sich vereinige, den 221 Stimmen der alten Koalition nur 192 gegnerische Stimmen gegenüberstehen. Der „Vorwärts“ verzieht bei dieser Kypotheterechnung, daß die Demokraten fest entschlossen sind und sich auch gebunden haben, in keinem Fall im Reich und in Preußen an einer Koalition teilzunehmen, wenn die Homogenität nicht gemacht werde und um es zu wiederholen, zur Zerlegung sind sie immer noch stark genug. Herr Schiffer hat vorzuzens gestern vormittag mit dem Abg. Müller-Franken konferiert. Hinterher hat die sozialdemokratische Fraktion eine Sitzung abgehalten, an der auch sämtliche Minister und der Parteivorstand teilnahmen. Aber irgendeine Entscheidung ist noch nicht gefallen. Die Meinung in sozialdemokratischen Kreisen ist, soweit wir über diese Dinge informiert zu sein glauben, auch keineswegs einheitlich.

omb. Breslau, 23. Febr. In der dem Reichstagspräsidenten Voede nahestehenden Breslauer Volkswacht findet der Vorschlag einer Regierungskoalition der Sozialdemokraten mit den bürgerlichen Parteien einschließlich der Deutschen Volkspartei die schärfste Ablehnung, die durch den Hinweis auf die Beschlüsse des Kasseler Parteitages noch unterstrichen wird. Jedoch ist ein Eintritt der Sozialdemokraten in ein Kabinett mit der Deutschen Volkspartei nur nach einer Berufung eines neuen Parteitages möglich, der allein die geltenden Beschlüsse als höchste Parteifunktion widerrufen kann. Für Preußen erschien, dem Blatt zufolge, die bisherige Koalition genügend.

Das Schlusergebnis.

Berlin, 23. Febr. (W. B.) Nach den amtlichen Berechnungen des Landeswahlleiters wird sich der neue preussische Landtag aus 428 Abgeordneten zusammensetzen. Davon entfallen auf die sozialdemokratische Partei Deutschlands aus den Kreiswahlkreislagen 97, aus der Berechnung der Reststimmen 10 und aus Oberschlesien 7, zusammen also 114 Abgeordnete. Auf das Zentrum 64 + 8 + 11, zusammen 83, auf die Deutsche Demokratische Partei 14 + 11 + 1, zusammen 26, auf die Deutsche Volkspartei 62 + 12 + 1, zusammen 75, auf die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands 18 + 9 + 2, zusammen 29, auf die Deutsche Volkspartei 48 + 10, zusammen 58, auf die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands 20 + 10, zusammen 30, auf die Deutsch-Hannoversche Partei 9 + 2, zusammen 11, auf die Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes 1 + 3, zusammen 4 (darunter 1 Abgeordneter aus dem Landeswahlvorschlag). Das sind also zusammen 428 Abgeordnete.

Entäußerung der englischen Presse über den Ausgang der Wahlen.

London, 23. Febr. (W. B.) Times und Daily Telegraph nehmen Stellung zu den Ergebnissen der Preussischen Wahlen. Die Times schreibt, die zunehmende Gunst, die den Rechtsparteien von den preussischen Wählern gezeigt wurde, müsse notwendiger Weise ihre Wirkung auf der bevorstehenden Konferenz zeigen. Es sei zu befürchten, daß der daangelegte Wahlerfolg die Zuversicht der H. S. Parteien noch mehr steigere. Das Ergebnis könne nicht verfehlen, einen sehr unangenehmen Eindruck auf die Alliierten zu machen. Es sei der schlagende Beweis nicht nur dafür, daß die Männer von 1914, die am lautesten ihre Grundzüge verteidigten, ein großes Maß der öffentlichen Unterstützung in dem führenden Staat Deutschlands bezeugen, sondern auch dafür, daß die Unterstützung im Westen begriffen sei. Lloyd George habe kürzlich den Wunsch ausgedrückt, die augenblickliche Stellung dieser Männer kennen zu lernen und zu verstehen gegeben, daß diese Kenntnis von großem Einfluß auf die Willen der Alliierten sein werde. Die Preussischen Wahlen, heißt die Times fort, sollten Lord George aufklären, ob man einen Sieg der reaktionären Regimen oder der kommunistischen Winken in Betracht zu ziehen habe. Sie bestätigen die Behauptung, daß die Durchführbarkeit des Friedensvertrages und für die Welt keine Sicherheit besteht, wenn England und Frankreich nicht wenigstens aufrichtig und herzlich zusammenwirken. Die Times schreibt weiter, wenn die Partei der deutschen Demokraten, die am meisten Einbuße erlitten hat, Männer umfaßt habe, denen die Alliierten mit gutem Grund mißtrauten, wie z. B. Dernburg, Rothemann, Benschaff und Kappeler, und wenn auch das Programm dieser Partei auf Abänderung des Versailles Vertrags und Einführung der allgemeinen Wehrpflicht bestanden habe und die auch erklärt habe, daß sie die neuen Grenzen niemals anerkenne, gehörten ihr trotzdem eine Anzahl Politiker an, die mehr Lebenslust hätten und in der Lage seien, die Tatsachen zu erwarten, als die meisten Mitglieder der anderen Gruppen. Die demokratische Partei wolle nach den Worten ihres Vorsitzenden Bruns eine Brücke zwischen der Rechten und Linken bilden. Die Geschichte dieser Partei habe seit langer Zeit im ganzen Reich den Beweis gebracht, daß das deutsche Volk eine Partei der Mitte nicht wolle; es kamme sich mehr auf der einen und der anderen extremen Seite. Die vernünftige Niederlage der Demokraten in Preußen bestätige nur die allgemeine verhängnisvolle Tendenz.

Daily Telegraph schreibt den Sieg der reaktionären Partei in Deutschland dem Umstand zu, daß die Republik keineswegs ein

glänzender Erfolg sei. Sie sei eine Gelegenheit gewesen, die die republikanischen Parteien auszunutzen nicht in der Lage gewesen seien. Das Blatt weist auf einen Bericht seines Berliner Korrespondenten hin, nach welchem die Parteien der Rechten in der allgemeinen Protestbewegung gegen die Bedingungen des Versailles Friedensvertrages die Führung übernahmen und daß die Alliierten keinen Grund auf Deutschland ausüben könnten, ohne den Aussichten für die Wiederherstellung der Hohenzollern und der Nachterregung durch die militärische Rüste näher zu rücken. Die alliierten Mächte könnten jedoch nur eine Politik verfolgen, auf der vollkommenen Entzweiung Deutschlands beständen und jeden möglichen Triumph der Nation, der eine materielle Gefahr für die Alliierten sei, befehligen. Reaktion oder nicht Reaktion, schließt das Blatt, den Forderungen der Gerechtigkeit muß Genüge getan werden. Mit aller notwendigen Festigkeit muß dies den deutschen Delegierten zum Bewußtsein gebracht werden, wenn sie auf der Londoner Konferenz erscheinen.

mtb. London, 24. Februar. (Pr. Tel.) Der Manchester Guardian folgert aus dem Ausfall der Wahlen zum preussischen Landtag, daß der Geist der Revolution in Deutschland tot sei und daß das Bürgerium mehr auf dem Posten sei als die Arbeiterschaft. Die Politik des Verbandes habe den Bazillismus und den Liberalismus entmutigt und die rechtsstehende Partei habe diese Zeit zwischen der Londoner und der Pariser Konferenz jetzt ausgenutzt.

Die Konferenz der Ernährungsminister.

München, 23. Febr. (W. B.) Die Konferenz der Ernährungsminister hat ihre Beratungen heute mittag beendet. Die Besprechung über die künftige Getreidebewirtschaftung hatte das Ergebnis, daß etwa eine Umlage bis zu einem Durchschnitt von vier Doppelzentner pro Hektar der Gesamtanbaufläche von Weizen, Roggen, Gerste und Hafer ausserletzt werden soll. Im weiteren Verlauf der Konferenz wurde die Verordnung über die Verbringung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. 12. 1915 besprochen. Es erachtete sich Über-einstimmung in der Auffassung, daß der Zeitpunkt noch nicht gekommen ist, wo die Absatzbeschränkungen u. Höchstpreissetzungen der Weizen- und Kornanbauverbände über Erzeugnisse, für welche das Reich die öffentliche Vertriebspflicht ausgeschrieben hat, vollkommen fallen gelassen werden können. Den Bändern und nicht auch den Kommunalverbänden soll die Befugnis gegeben werden, im Einverständnis mit dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft zur Steigerung von Reichsständen und Maßnahmen in diesem Sinne zu treffen. Als Ziel muß im Auge behalten werden, in absehbarer Zeit solche Beschränkungen völlig zu beseitigen.

Bei der Besprechung über die Fleischversorgung ergab es sich, daß die Ausdehnung der Verordnung vom 19. 9. hinsichtlich des Schlachtscheinzwanges für den Viehverkehr und des Konzessionszwanges für den Fleischabsatz, wie sie von den verschiedenen Bundesregierungen vorgeschlagen war, nicht zweckmäßig erscheint. Die durch die Verwilligung von vorbilligtem Mais nunmehr ermöglichte Schweinemästung auf vertraglicher Grundlage soll unverzüglich durchgeführt werden.

Bezüglich der Kartoffelversorgung im kommenden Wirtschaftsjahr wurde von der überwiegenden Mehrheit der Teilnehmer die völlige Freigabe entsprechend dem Vorschlag der Reichsstatistik empfohlen. Beschränkungen sollen nur bei besonderen Notständen mit Zustimmung des Reichsministeriums zulässig sein. Anschließend erfolgte eine einstimmige Aussprache über die gegenwärtige Lage der Wirtschaft und die zur Verbesserung der gegenwärtigen Situation notwendigen Maßnahmen. Die Aussprache hatte aber zunächst nur vorbereitenden Charakter, da auf der nächsten Konferenz der Ernährungsminister die Frage der Neuorganisation der Milchmanufaktur einer eingehenden Beratung unterzogen werden soll. Es bestand Einverständnis darüber, daß alle Mittel angewandt werden müssen, um zu einer Steigerung der Milchproduktion und besserer Versorgung der Verbrauchszentren mit Milch zu gelangen. Reichsernährungsminister Hermes schloß die Konferenz mit Worten herzlichsten Dankes an die bayerische Regierung und den bayerischen Landwirtschaftsminister für die der Konferenz außerordentlich liebenswürdige Aufnahme und die ausgezeichnete sachliche Vorbereitung der Konferenz. Die nächste Konferenz der Ernährungsminister findet Ende März in Bremen statt.

Deutscher Reichstag.

(Von unserem Berliner Büro.)

Berlin, den 24. Februar.

Die Wahlschlacht ist vorüber und man ist wieder beisammen. Noch nicht sehr zahlreich, wie immer am ersten Tag nach den Wahlen und auch nicht ganz in der alten Verfassung. Vergleichen erkennt man natürlich nicht auf den ersten Blick, aber wer näher zuschaut, findet doch manchen, der nicht mehr da ist. Von den Demokraten z. B. fehlt Dr. Wundt, der seit manchen Jahren zum eigenen Bedauern der fortgeschrittenen bürgerlichen Mitte gehörte und auch ein anderes älteres Genosse, Herr Weinhausen, ohnehin durch den Verlust Wundts heimlos geworden, ist nicht mehr. An sich nicht sehr zahlreich, man hat auch nicht den Ehrgeiz, Worte einzureichen. Gleich zu Anfang eine kleine geschäftliche Mitteilung des Präzidenten: die Stantsammlerschaft erwidert das Verlangen gegen Herrn Erdberger auf das Vergehen wegen Steuerhinterziehung und Kapitalflucht ausdehnen zu dürfen. Ob es nicht doch Abend zu werden beginnt um den allzu geschäftigen Kontursverwalter des deutschen Zusammenbruchs?

Dann ist man beim Etat des Arbeitsministeriums, in gewissem Sinne die Fortsetzung des alten Vorkriegsstates des Innern, sofern nämlich in ihm — und das wird ein beträchtlicher Teil seiner Ausgaben, dergleichen wenigstens, die dieses Amt meistens in die Sterne der Zeit werfen — die Sozialpolitik weit voraus war. Arbeitsminister ist heute ein Mann, der in jenen Zeitläuften zu den eifrigsten bürgerlichen Sozialreformern gehörte, ein Minister aus der Wägen-Blachauer Schule, Herr Dr. Brauns. Er hat nun sein Programm zu entwerfen und er tut das in einem langen, aber durch anderthalb Stunden sich hingehenden Vortrag. Die Sozialpolitik ist ein undankbares Gewerbe geworden. Man kann sie nicht mehr als ein nobles officium ausüben, mit der Zustimmung, einen Teil des Ueberflusses des Reichstums der Nation den ihr schaffenden Helfenden zuzuwenden. Heute, wo wir alle ihn kopieren, kann es sich nur um ein Verteilungsproblem handeln: wie erübrigen wir inmitten der allgemeinen Not noch etwas für die ganz Bedürftigen.

So sind in der Hauptsache die Gegenstände zu verstehen, die Herr Brauns ankündigt: eine Vorlage über die Umgestaltung des Arbeitsnachweises und eine andere für eine vorläufige Arbeitslosenversicherung. Die Reform der Sozialversicherung ist begonnen, aber das ist ein weilschichtiges Werk, dessen Abschluß sich sobald nicht erleben werden. Dazwischen streift der Minister auch ganz aktuelle Fragen. Er gelobt, daß die Regierung nicht an eine Verdrängung der Schicht der Vergleute denke und hofft, daß es zu einem neuen, alle Teile des friedliebenden Volk kommen wird. Er weist auf die Mittel und Wege hin, die die Steuerungsverträge und Tarifgemeinschaften in dieser unruhigen Zeiten wieder zu Ehren bringen werden, und erwähnt auch den Wohnungsbauprogramm, der ein Mittel der Sozialpolitik bildet und den Wohnungsbau fördern soll. Und er kündigt schließlich die oft verheißene und dann immer wieder hinausgeschobene Schlichtungsordnung an.

Nach dem Minister kamen dann noch zwei Redner zu Wort, ein mehrheitslossozialdemokratischer Arbeiterführer, der, auf die Sozialpolitik angewandt, den von Interessensvertretern oft gehörten Satz vorleserte: „Das Geld muß da sein“, und für die Demokraten ein Angewandter der bayerischen Unternehmerrschaft, Dr. Fik aus Würzburg, der mahnd auf die Grenzen verwies, die unserem Betritt, „noss-brang auch auf sozialpolitischem Gebiete durch die Finanzlage gezogen seien. Dann wurde die weitere Aussprache auf heute verschoben. Geben wir uns seiner Täuschung hin: auf morgen und die folgenden Tage.

Deutsches Reich.

Die Wahl des Reichspräsidenten.

MTB. Berlin, 24. Febr. (Pr. Tel.) Nach einer Vereinbarung aller Parteien soll die Wahl des Reichspräsidenten erfolgen, wenn alle Nachwahlen in den Abstimmungsgebieten erfolgt sind. Dieser Zeitpunkt steht bevor, denn Ende März wird auch in Oberschlesien abgestimmt. Man nimmt in parlamentarischen Kreisen an, daß die Reichspräsidentenwahl voraussichtlich im Juni stattfinden wird. Vertrauliche Besprechungen werden erst nach der Klärung der Lage in Preußen und im Reich erfolgen. Es wird eine gemeinsame Kandidatur der Regierungsparteien angestrebt. Ob dies zu erreichen sein wird, steht dahin.

Die Einnahmen des Reichshaushalts.

Berlin, 24. Februar. (Pr. Tel.) Nach einer Mitteilung der „Kosischen Zeitung“ über die Vorschläge der Einnahmen des Reichshaushalts ist für die neun Monate vom 1. April bis Ende Dezember 20 beim Reichsstatistiker und einer Reihe anderer Einnahmeweisen der Einnahmeveranschlag für das Jahr bereits überschritten. Die Vorschläge der Einnahmen aus der Kohlensteuer, der Biersteuer, der Schaumweinsteuer normal, Rückständig sind u. a. die Einkommensteuer, die Kapitalertragsteuer, die Umsatzsteuer und die Zölle. Die letzten drei Monate dürften aber wachsende Einnahmen bringen, jedoch der Abstand der Einnahmen gegenüber dem Vorschlag, der Ende Dezember rund 15 Milliarden betrug, nicht nur durch die Einnahmen Januar-März, sondern auch durch die Mehreinnahmen an anderen Steuern im wesentlichen verringert werden dürfte.

Belegung des Strohhahnerstretts im Industriegebiet.

Essen, 24. Febr. (W. B.) Der Streik der Strohhahner im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist heute be-geleitet worden. Die Arbeit wird morgen auf allen Gebieten des Streikgebiets wieder aufgenommen. Die Urstimmung ergab eine große Mehrheit für die Wiederaufnahme der Arbeit.

Aus der Angestelltenbewegung.

Arbeitgeber in Angestelltenvereinigungen.

Der D. H. B. schreibt uns: Die Zunahme unterer U-Mitglieder gibt der sozialistischen Presse Anlaß zu josphischen Bemerkungen über das Anwachsen des Arbeiter-Einflusses innerhalb unserer Angestellten-Gewerkschaft. Richtig ist, daß man von einer Steigerung der Zahl der U-Mitglieder sprechen kann, die Behauptung von dem Einfluß der Arbeitgeber auf unsere Gewerkschaft ist aber eine Spekulation auf die, die nie als werden. Nach Beendigung des Krieges haben sehr viele Kollegen durch Übernahme von Vertretungen oder Neueinrichtung kleinerer Geschäfte ihre abhängige Stellung mit einer selbständigen selbständigen Existenz vertauscht, ohne je den Anspruch erheben zu können, „Arbeitgeber“ sein zu wollen. In vielen Fällen sind sie sogar durch Stellenlosigkeit zur Übernahme von Vertretungen gezwungen worden. Da sie aber jahlangemäßig nicht mehr Gehilfen sind, werden sie, wenn sie unseren Anschauungen weiterhin huldigen, als U-Mitglieder geführt. Sie dürfen kein Amt bekleiden und haben bei Abstimmungen kein Stimmrecht und demnach auch keinen Einfluß. Die „freie Gewerkschaft“, der Zentralverband der Angestellten wurde jahrelang von einem selbständigen Buchhändler geführt und in ihrer Zeitschrift wurde das wie folgt artet: „Wir haben aber keine Veranlassung, unsere Mitglieder, wenn sie im Laufe ihrer Mitgliedschaft in die annehmende Lage kommen, sich „selbständig“ zu machen, nur deshalb auszuschließen, wenn sie sich „sonst nichts“ zu Schulden kommen lassen.“ Wir befinden uns also mit unserer Anschauung über die U-Mitglieder in guter Gesellschaft.

Letzte Meldungen.

Neutaler Antrag auf Zurückziehung aller afrikanischen Truppen.

e. Basel, 24. Febr. (Pr. Tel.) Die Prelinformation meldet aus Paris: Beim Obersten Rat ist ein Antrag von neutraler Seite auf Zurückziehung aller afrikanischen Truppen aus Europa eingebracht worden, mit der Begründung, daß der bestimmte Verbot bestehe, daß durch die Verwendung der afrikanischen Streitkräfte eine erhöhte Einschleppungsgefahr für die Schlafkrankheit bestehe.

e. Basel, 24. Febr. (Pr. Tel.) Daily Mail meldet, daß die Schlafkrankheit in 14 englischen Städten erdemisch aufzetrete. Visher hat sie 34 Todesopfer gefordert. Zum ersten Mal treten auch englische Wälder für eine Zurücknahme der französischen Kolonialtruppen aus dem Rheingebiet ein. Es bestätigt sich u. a. auch, daß unter den englischen und französischen regulären Truppen die Schlafkrankheit sich ausbreitet.

Der Ueberfall auf Georgien.

Berlin, 24. Febr. (W. B.) Von unterrichteter georgischer Seite wird uns geschrieben: Die Meldung über die Einnahme von Tiflis durch die Bolschewisten ist erfunden. Drahtlose Nachrichten aus Tiflis vom 23. melden eine Niederlage der bolschewistischen Truppen und eine günstige Lage der georgischen Streitkräfte. Die Darstellung der Moskauer Regierung, es handle sich nicht um einen Ueberfall der russischen roten Armes auf Georgien, sondern lediglich um einen armenisch-georgischen Zusammenstoß und um eine „revolutionäre Erhebung in Georgien“ sagt mit jedem Wort die Unwahrheit. Armenien und Aserbeidschan sind gar nicht in der Lage, Georgien zu überfallen, wenn sie auch wollten; aber sie wollen auch gar nicht. Aus Moskau kam kein Befehl zum Ueberfall. Russische Sowjettruppen, die Armenien und Aserbeidschan besetzt halten, wurden dazu verwendet.

Organisation des Klassenkampfes.

Wien, 23. Februar. (W. B.) In der Nachmittagsitzung des internationalen Sozialisten-Kongresses sprach Friedrich Adler über die Methoden der Organisation des Klassenkampfes und erklärte, die sozialistische Revolution könne nur dann zum Siege kommen, wenn sie sich in den industriereichen Ländern durchsetze. Wir sind überzeugt, sagte der Redner, daß, wenn die Moskauer Schwablonen blind atzeptiert werden sollte, sie zum Ruin der Arbeiterbewegung der ganzen Welt für sehr lange Zeit führen würde. Wir müssen uns zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen tun ohne Rücksicht auf die Angriffe von rechts oder links in dem unbenutzten Bündnis, eine Arbeitsgemeinschaft des Proletariats zu schaffen, durch die dieses fähig wird, die gemeinsame Aktion zum Siege der sozialen Revolution durchzuführen.

Die Christlich-nationalen Arbeiter- und Angestelltenverbände zu den Pariser Beschlüssen.

3. Mannheim, 23. Februar.

Eine von über 200 Vertretern besetzte Versammlung der dem Deutschen Gewerkschaftsbund angehörenden christlich-nationalen Arbeiter- und Angestelltenverbände der Landesbezirke Baden und der Pfalz besaßte sich gestern mit den Pariser Beschlüssen.

Der Vorsitzende, Bauwerksleiter Reith vom Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverband, nahm in fast einstündiger Ausführung zu den Pariser Beschlüssen Stellung. Eingangs seiner Ausführungen brachte er zum Ausdruck, daß die Zukunft Deutschlands von neuem in ein schicksalsschweres Dunkel gehüllt sei. Die nächsten Tage müssen zeigen, ob überhaupt noch eine Möglichkeit besteht, von einer Zukunft Deutschlands zu reden. Denn was in Paris die Entente-Staatsmänner erlitten, beweist nichts mehr und nichts weniger als den Untergang unserer wirtschaftlichen Selbständigkeit und Verklammerung auf Generationen hinaus.

Reith vertritt sich über die uninnige Forderung und über das doppelte System, welches zur Lösung der Reparationsfrage führen soll. Einmal sei die Zahlung in fügen Summen bis zum Jahre 1923, ansteigend von 2 bis 6 Milliarden Mark, deren Regel aber 6 Milliarden Mark sei, da dieser Betrag 31 Jahre lang gezahlt werden solle. Schon die Bezahlung der fügen Summe übersteigt das gesamte Volkvermögen Deutschlands und würde schon in der Zeit, wo nur 2 Milliarden jährlich zu entrichten seien, eine Mehrbelastung der Steuer von 1,466 auf den Kopf der Bevölkerung pro Jahr ausmachen. Die physische Unmöglichkeit sei schon dadurch erwiesen, daß heute 80 Prozent des deutschen Volkes nicht in der Lage wären, die Staatssteuer zu zahlen, außerdem, dank der Wirtschaftspolitik der Entente, 10 Prozent der gesamten arbeitenden Bevölkerung Deutschlands arbeitslos ist. Eine weit schlimmere Form, die zur vollständigen Erdrosselung führen würde, ist die der variablen Zahlung. Darnach soll Deutschland 42 Jahre lang jeweils 12 Prozent des Wertes der deutschen Ausfuhr der Entente zur Verfügung stellen. Herr Reith weist auf die ungeheuren Schäden hin, die nicht nur allein im deutschen Volke, sondern der gesamten Weltwirtschaft entstehen. Der Nationalökonom Kennes, der als Sachverständiger von England an den Verhandlungen um den Friedensvertrag teilgenommen und sein Amt wegen der unsinnigen Forderungen niederlegte, besichert die Zahlungsmöglichkeit Deutschlands im höchsten Maße auf 40 Milliarden Goldmark. Man finde also in dem Pariser Diktat die Bestätigung dessen, was Clemenceau gegenwärtig der Friedensverhandlungen äußerte: darnach würde der Krieg nunmehr in anderer Form weitergeführt.

Reith fährt fort durch die 12%ige Ausfuhrsteuer seien vor allen Dingen die arbeitenden Klassen die Leidtragenden, da alles in seiner Wehrheit ja doch auf diese Schicht abgewälzt würde. Deutschland könne aber ohne Ausfuhr nicht leben. Da wir aber nur durch Ware und nochmals durch Ware bezahlen könnten, würden wir Sklaven der Entente werden, die zu Gefangenearbeit verurteilt sind. Wie aber Gefangenearbeit feilsch bei einer weichen Waage wirken müßte, sei im Augenblick noch nicht zu übersehen. In Paris hat nicht rednerischer Bestand und nächste Wirklichkeit triumphiert, sondern triumphiert haben Haß, Jagdler und Illusionen der Franzosen und Engländer. Wir wissen, daß wir leiden müssen, sind auch bereit zu leiden, aber nirgendwo wollen wir nicht, so lange noch ein Tropfen germanischen Blutes in unseren Adern rollt. Wenn also die Regierung zum Ausdruck gebracht hat, daß Paris eine Verhandlungsgrundlage nicht bietet, dann dürfte es auch nichts geben, was sie veranlasse in irgendeiner Form nachzugeben. Die christlich-nationalen Arbeiter und Angestellten Baden und der Pfalz rufen daher dem Außenminister Dr. Simons und seiner Verhandlungskommission auf dem Wege nach London zu: „Handgrat bleibe hart“. Die immer wieder aufgestellten Behauptungen, Deutschland trage die Verantwortung am Krieges ist selbst von Karlstadt, dem Propheten der U. S. V. widerrufen worden, indem er erklärte, Deutschland habe den Krieg nicht gewollt, es habe ihn schließlich zu vermeiden gesucht. Das ganze Räthsel der Kriegenschiebung falle in dem Augenblick zusammen, wo dieser kühne Pfeiler fällt. Wir sind eine Not- und Schicksals-Gemeinschaft geworden und dürfen nicht eher ruhen und rasten, bis durch ein internationales Schiedsgericht die Kriegsschuld aufgeföhrt sei. Wenn die Entente wie wir ihre Archive öffnen würde, dann wäre das Martyrium Deutschlands beendet, weil ohne Zweifel die Entente sicher mehr Schuld tragen als wir. Ueber alle Parteien und allen Streit dürfte heute nur der Satz stehen „Deutschland muß leben und wenn wir sterben müssen“ (Brauender Beifall).

An die von warmem vaterländischen Gefühl befeelten Worten des Redners wurde nachfolgende Entscheidung an den Reichspräsidenten, Reichsrat und Reichstag abgefaßt:

„Die in Mannheim stattgefundene Versammlung der Vertreter Baden und der Pfalz des christlich-nationalen Verbandes lebenden Deutschen Gewerkschaftsbundes, die über 100 000 Arbeiter und Angestellte vertreten, erheben klammernden

Einpruch gegen die Pariser Beschlüsse. Die Versammlung befand, daß die Annahme der Entente-Forderungen die wirtschaftliche Erdrosselung Deutschlands bedeuten würde die in erster Linie die schaffenden Hand- und Kopfarbeiter treffen muß. Sie sind empört über diese Zumutung der Entente und erwarten von der Reichsregierung, daß sie es unter allen Umständen ablehnen wird, einen Vertrag zu unterzeichnen, der das deutsche Volk auf Generationen zu Sklaven der Entente machen würde.“

Baden-Baden, 23. Februar. Zu einer eindrucksvollen und einheitlich geschlossenen Kundgebung gegen die Pariser Beschlüsse gelangte sich eine gestern abend im Kurhaufe stattgefundene Versammlung, welche gemeinsam von der Demokratischen Partei, der Deutschliberalen Partei, der Deutschen Nationalen Partei, der Sozialdemokratischen Partei und der Zentrumspartei einberufen war und zu der sich das Publikum außerordentlich zahlreich eingefunden hatte. Ministerialrat Dr. Baumgartner-Karlsruhe, der als Redner gewonnen war sprach in längeren Ausführungen gegen die Pariser Beschlüsse und wandte sich scharf gegen die Politik der Entente, mit der man ein 60 Millionenvolk wirtschaftlich erdroffeln wolle. Weiter forderte er das Volk zu festem Zusammenhalten ohne Unterschied der Partei auf und zur Unterstützung der Reichsregierung in dieser schweren Zeit, die nur durch die Einigkeit aller Volksgenossen überwinden werden könne. Professor Weber von der Deutschliberalen Volkspartei, welcher die Anwesenden begrüßt hatte, schloß folgende Entschlüsse vor: „Eine von den Parteien gemeinsam einberufene, eindrucksvolle Versammlung der Einwohnerkreise Baden-Badens“ spricht der Reichsregierung einmütig das Vertrauen aus, daß sie, entsprechend der feierlichen Erklärung des Außenministers, in der Ablehnung der unerfüllbaren Pariser Forderungen unerschütterlich fest bleibt. Wir in der Südweste des Reiches sind entschlossen, für die Ehre und die Ehre des Vaterlandes jedes Opfer zu bringen.“ Mit der einstimmigen Annahme wurde die Versammlung geschlossen.

B. Ueberlingen, 22. Februar. In der Turnhalle fand eine Protestversammlung gegen die Entente-Forderungen statt. Eingeleitet wurde die Feier durch das Altiniederländische Dantegedicht; Realchulldirektor Volk hielt eine eindrucksvolle Rede, in welcher er ergreifend schilderte und bewies, was uns erwartet, wenn der feindliche Plan gelinge; Sklaverei, Frohn, Verelendung. An die Reichsregierung wurde mit der Betschriftung „Niemals!“ folgende Entschlüsse gerichtet: „Eine aus allen Volksteilen zahlreich besuchte Versammlung erhebt den allerhöchsten Einspruch gegen die unerhörten Forderungen, die auf eine Verklammerung des deutschen Volkes und eine völlige Erdrosselung des deutschen Wirtschaftslebens hinauslaufen. Mit dem Ergebnis unbedingter Reichstreue fordert sie einmütig und dringend, nichts zu unterschreiben, was mit den Lebensmöglichkeiten und der Ehre eines freien selbständigen Volkes unvereinbar ist.“

Städtische Nachrichten.

Die Schulnode des Kirchenbezirks Mannheim.

Am Dienstag fand in der Christuskirche die Schulnode des Kirchenbezirks Mannheim, die erste im Lande, statt. Sie dauerte von 3 Uhr nachmittags bis gegen 7 Uhr und nahm einen überaus erhebenden Verlauf. Der Dekan, Herr Kirchenrat v. a. Schöpffer, eröffnete sie mit einer Ansprache, in der er einen Rückblick warf auf die mancherlei Räte, unter denen der Religionsunterricht leidet und die Geschichte der Reformvorschlüge behandelte: es gilt, den Religionsunterricht auf einen gesunden Boden zu stellen; besonders wichtig ist die Frage der Verteilung der Vorgehensstufen auf die Vells- und Fortbildungsschule, auf die Unterweisung im Konfirmandenunterricht und in der Christenlehre. Von der Mannheimer Schulnode sollen die Vells- und Richtlinien über das ganze Land hingehen. Die Arbeit der Schulnode ist nur vorbereitend. Das letzte Wort namentlich in der Lehrbuchfrage spricht die Landesnode. Nach einem Gebet wurden die Paragraphen über die Geschäftsordnung verlesen. Der Dekan übertrug sodann die Leitung der Synodalarbeiten an Herrn Hauptlehrer D. o. l. den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Mannheimer Religionslehrer. Zu Schriftführern wurden von der Synode Herr Hauptlehrer Schmalz und Fräulein Schradl bestellt.

Drei Vorträge wurden darauf gehalten, die alle ihren Gegenstand tiefergründig und in klüßlicher feiner Form behandelten. Das erste Referat von Herrn Hauptlehrer Bopp behandelte die pädagogischen Anforderungen im Allgemeinen, welche an eine fruchtbringende Gestaltung des Religionsunterrichts und an die Lehrkräfte zu stellen sind. Die Fragen: Wo stehen wir?, wohin wollen wir gehen und welches ist der Weg zum Ziele? wurden eingehend behandelt. Die Versammlung drückte ihre grundsätzliche Zustimmung zu den gedruckt vorliegenden Vorschlägen aus und nahm folgende Entscheidung an: „Die Schulnode in Mannheim erwartet, daß mit der Reform des evang. Religionsunterrichts unverzüglich begonnen werde. Es ist eine Kommission aus Bedrern und Geistlichen des Landes zu bilden, welche den Lehrplan und die Bedrücke für den Religionsunterricht einer Neubearbeitung unterzieht; und deren Entwürfe so bald wie möglich den Schulnoden zur Beaufsichtigung vorlegt. Es soll eine ständige Vertretung der evang. Religionslehrer eingeleitet werden, die in allen den Religionsunterricht betreffenden Fragen von der Kirchenbehörde automatisch zu hören ist. Diese Vertretung soll nicht durch Zusammenfassung der durch Kirchengemeinden gewählten Religionslehrer gebildet werden.“ Das zweite Referat von Herrn Hauptlehrer Sandritter gab Ge-

sichtspunkte für den Unterricht in der Biblischen Geschichte und machte Reformvorschlüge für die Verteilung der Bichchen auf die einzelnen Schuljahre: Die alttestamentlichen lassen sich chronologisch verteilen, bei der Verteilung der Geschichten von Jesus muß man von beherrschenden Ideen ausgehen — Der Vorlesende macht darauf aufmerksam, daß noch einige Jahre verstreichen werden, bis das neue Lehrbuch vorliegt, vorläufig ist es, im alten Buch eine neue Auswahl und Zuteilung vorzunehmen, ohne die Neubearbeitung aus dem Auge zu verlieren. In ähnlicher Weise behandelte der 3. Referent die Gesichtspunkte für die Auswahl und Zuteilung der zu lernenden Kirchenlieder; er beantwortete namentlich die Aufnahme der kindlichen Lieder aus dem Anhang des Gesangbuchs in den Kernstoff und Ausschluß der rein lehrhaften Lieder. In diesem Sinne hatte Herr Hauptlehrer Leonhardt keine Themen ausgearbeitet.

Eine Aussprache fand nur in geringem Umfange statt; das kam wohl daher, daß alle einschlägigen Fragen zuvor in der Arbeitsgemeinschaft durchberaten worden waren und die Referenten die gemeinsamen Anschauungen vortrugen. — Zwischen den Vorträgen wurde für Beteiligung an der Deutschen Lutherfestung und am Deutschen Kirchengesangsfest in Mannheim, das Mitte Mai stattfinden soll, gewonnen. — Mit einem Schlußwort und Segensspruch wurde die Schulnode vom Dekan geschlossen. ep.

Jubelente, meidet die Straßenbahnschienen! Vom Straßenbahnpersonal wird wiederholt Klage geführt, daß Fuhrwerke aller Art ständig auf den Schienen entlang fahren und oft absichtlich beim Herannahen der Straßenbahn darauf verweilen. Die Zeit des Straßenbahnpersonals ist genau eingeteilt und jede Minute, die bei Störungen verloren geht, geht an der schon ziemlich knapp bemessenen Pause ab. Oft genug wird noch das Straßenbahnpersonal ausgelacht, wenn es den Fuhrleuten zuzieht. Ist es da ein Wunder, wenn die Leute verärgert werden, wenn derartige Fälle sich häufig mehrere Male ereignen? Zuletzt ist der Fuhrmann noch der Selbstverleugung, indem Anzeige erstattet wird. Dies kann vermieden werden, wenn die Fuhrleute die Schienen soviel wie möglich meiden und hauptsächlich auch beim Kreuzen der Straßenbahngleise etwas vorsichtiger sind. Bei gutem Willen läßt sich manches vermeiden. St. N. A.

Veranstaltungen.

Theaterschmidt. Morgen Freitag findet das zweite Stückspiel von Heinrich Heine von der Staatsoper in Wien statt. Heine singt die Titelrolle in Berdis „Rigoletto“. — Die Titelrolle in Schillers „Fiesco“, der übermorgen (Samstag) neu einstudiert im Nationaltheater in Szene geht, spielt Robert Vogel.

Mannheimer Jubiläumsgesellschaft. Frau Durigo, die berühmte Sängerin wird mit einem Wiederabend die zweite Folge der Jubiläumsgesellschaft des Mannheimer Rathhauses eröffnen. Zum Vortrag gelangen Lieder von Schumann, Beethoven, Brahms, Richard Strauß. Am Flügel wird Hans Bruch begleiten.

Schlagerabend im Ridelungsaal. Die nächste nächtliche Sonntagveranstaltung im Ridelungsaal wird darauf berechnen sein, den Besuchen angenehme Unterhaltungsgesellschaften darzubieten. Die von ihrer Tätigkeit am Mannheimer Ridelungsaal der noch sehr geschätzte Operetten-Soubrette Käthe König und Alfred Sanders werden sich zur Aufhebung einiger Gesangs- und Tanzszenen aus bekannten Operetten im Ridelungsaal einfinden. Auch eine satirische Wochenchau als Beutet ist geplant. Das Orchester bringt weitere Musik.

Internationale Ringkampftournee im Krolltheater um die Völschische Meisterschaft. Zwei Aufschlagungskämpfe wurden gestern Mittwoh ausgekämpft, von denen aber der Kampf zwischen dem Schwergewichtener Kampf und Gemmel zu keinem Resultat kommen konnte. Beide Kämpfer setzten ihr äußerstes ein, Kampf, mit Kraft und Gemüt im Vorteil, konnte gegen Gemmels Behändigkeit nichts ausrichten und blieb der spannende Kampf offen. Gemmel wirkte nach 45 Minuten erdrückend Nichtig insolge eines offenen Rückenbruchs den Kampf abbrechen. Refer konnte im Entscheidungskampf gegen Romanoff Meißer bleiben, indem er nach einer Gesamzeit von 44 Minuten durch Schlägergriff Romanoff in die Brücke beförderte und diese eindrückte. Grunewald legte bereits in der 8. Minute über Keller-Bein durch Untergriff mit Wühle und der Australier Cuffi konnte den sich tapfer wehrenden Württemberger Ennle nach 17 Minuten auf beide Schultern befördern. — Heute Donnerstag treten an: Grunewald gegen Romanoff, Refer gegen v. d. Heub, Kellermann gegen Koch, Ennle gegen Köhler.

Internationaler Meistersinger-Wettbewerb im Circus Hagenbeck. Die Kämpfe werden allmählich in entfernter Stadien. So fanden sich gestern der mehrfache Deutsche Vorkämpfer und der Weltmeister im Mittelgewicht gegenüber. Trotz seiner Vorkämpfer vermochte Gemmel den gewandten Kämpfer nicht innerhalb der vorgeschriebenen 30 Minuten zu werfen. Infolge seiner scharfen Technik konnte Buchheim der drohenden Niederlage immer wieder entgehen. Wie sehr dieser Kampf das Interesse des Publikums in Anspruch nahm, beweist, daß ein Herr aus dem Publikum für den Sieger eine Prämie von 150 Mk. stiftete. Weltmeister Paradenoff (Rußland) brachte seinem Landsmann Charuzin trotz scharfer Verteidigung nach 14 Minuten die Niederlage durch Kopfüberwurf bei. Ebenso legte Ludwig Koch (Ostpreußen), welcher sich immer mehr als eindrucksvoller Kämpfer entpuppt, über Klenz (Oberschlesien) nach 6 Minuten durch Untergriff von hinten. Roland Kutzsche, ebenfalls ein ganz eindrucksvoller Kämpfer, legte über Bastaglio (Italien) nach 16 Minuten durch Schlägergriff. — Heute Donnerstag ist Ringkampfstag. Es findet der Herausforderungskampf im freien Stil zwischen Raskale (Belgien) und Buchheim (Sachsen) statt. Raskale hat eine Prämie von 300 Mk. angelegt, welche Buchheim zufällt, falls Raskale nicht innerhalb drei Stunden 47 Minuten liegt. Da bei diesem Kampf sämtliche Griffe erlaubt sind, dürfte es ein scharfes Gesicht geben. Weiter ringen Koch (Ostpreußen) gegen Charuzin (Rußland), Vorkämpfer gegen Wilde (Sibirien), außerdem Entscheidungskampf zwischen Griffen (Dänemark) und Wehrmann (Weiß).

leider infolge anderweitiger Verpflichtungen nicht hören konnte. Aber in zwei stimmungsvollen Vespänen („Rachgeber“ und „Schloß und trägt man mich“) von Joseph Marx (geb. 1882 zu Graz und Schüler von C. B. Degner), sowie drei Liedern von Rich. Strauß entfaltete Rich. Lauber seine gesangstechnische und musikalische Vorzüge, daß man ihm wieder gerne lauschte. Sein Organ, das in der Mittelweite am besten klingt, verfiel über den Brust-Schwelton, und seine Vorträge, welche er mit leichter Miene und Geste begleitete, wirkten unmittelbar. Kein Wunder, daß die begeisterten Hörer nach dem prächtig gesteuerten „Heimliche Aufforderung“ eine Zugabe verlangten. Der Sänger erwiderte mit einer Wiederholung von Straußens „Zueignung“.

Fast noch blendendere Mittel, die nur im Fort der hochlage eine gewisse Scharfe aufwies, besaß Elisabeth Reithberg. Ihr Piano ist vorbildlich, die Registerübergänge sind tabellös. Von den vier Schubert-Vespänen erschienen insbesondere „Gangnen“ und „Der Rufensohn“ — der aber doch eigentlich für eine Männerstimme gedacht ist — in reifster Weise erschöpft. Wertvolle Gaben moderner Worttonart brachte die Künstlerin in H. Pataki's „Chinesische Vespäne“. Dieselben sind außerordentlich charakteristisch vertont, die musikalische Deklamation ist eine sehr feinsinnige. Resignierte Stimmungen scheinen dem Komponisten besonders gut zu liegen, wie sein „Herbstgefühl“ und „Traurige Frühlingsnacht“, dessen Klarvielfalt übrigens etwas an Schumann gemahnt, beweist. Einen ganz erhebenden, seltenen Genuß aber bereiten uns die Künstler mit dem prächtig abgestimmten Vortrag je dreier Duette Rob. Schumanns und H. Albers (aus dem „Vollstübelspiel“). Hier decken sich Auffassung, Wort und Ton in harmonischer Weise. Das feinstens pointierte „So wahr die Sonne scheint“, „Unten Fenster“ und Albers' „Wie kommt's, daß du so traurig bist“, in dem besonders das Ausklingenlassen der Stimmung von hoher Schönheit war, werden uns noch lange nachklingen. — Am Flügel sah Hermann Ruyshbach. Und die seine Art, mit der er sich den Intentionen der Sänger und des Komponisten unterzuordnen verstand und für alle Regungen des Gefühls den treffenden Ausdruck fand, bildete einen Genuß für sich.

Kein Wunder, daß das Publikum enthusiastisch war und die drei Künstler immer und immer wieder aufs Podium rief. Friedrich Mad.

Mannheimer Kunstverein.

Die gegenwärtige Ausstellung ist durch guten Dilettantismus auffallend gelungen. Bismillen nimmt er sogar akademischen Charakter und unsehr geistigen Ausdruck an, und es entziehen Bilder, denen ein Liebhaber nicht bangen zu sein braucht. Unverkennbar ist die Schöpferslust, mit der fast alle diesmal vertretenen

Künstler am Werke waren, und so ist ein frischer, leuchtender Zug in das Gesamtbild gekommen. Ein zu leuchtender vor allem wirkt auf den Landschaften Gustav Jacobs und Hermann Plegers, zweier Mannheimer nicht immer vortrefflich. Von Plegers rühme ich immerhin einen „Föhrenwald“. Beieinander zu stellen sind auch Gusti Bauriedel, Rürnberg, und E. D. Thastner, Frankfurt, Landschaftler, die nichts anderes wollen, als die Naturschönheit im Bilde noch einmal genießen. Da fehlt nicht Sonne, noch leuchtendes Grün und herrscht kein Mangel an stimmungsvollen Luftbildungen, Fernsichten und für manches Auge wohlgefälligen Details. All dieser Schönheitsliebe und beinahe ängstlichen Bedachtsamkeit auf rein malerische Wirkungen im Sinne von „Schön“ kann eine freizügige Technik allerdings nicht dienen, und daß bei dieser Handhabung von Kunstverständnis leicht jede Bewegung im Bilde erstarrt, zeigen die Interieurs von Maria Heibronner, München, die sehr viel Stillfuss verraten, aber nichts von dem welchen Aligoldschimmer, den die Sonne beispielsweise auf Ullrogpater-Hausrat zaubert.

Härte macht auch die Porträts B. Winklers, Karlsruhe, uninteressant. Um ein ergohergisches Landschaftsbild steht es besser. R. Bäumer, Felling-Bosfel, hat warme Herbsttöne auf der Palette. Besondere Aufmerksamkeit verdient man gern den zahlreichen Porträts, Landschaften und Stillleben Emilie v. Halladungas, München, zu. Sie ist eine gute Zeichnerin, und zumal ihre figürlichen Darstellungen haben Seele. Ausdrucksvolle Köpfe zeigen die Radierungen von Frh. Barth, Karlsruhe. Ebenfalls aus der Landeshauptstadt hat E. Sedinger gleichmüßige Pastellen gezeichnet, unter denen der Kopf eines jungen Mannes auf bedeutende Anlagen Sedingers schließen läßt. H. H.

Kleines Scuilleton.

Der geizige Künstler. In nicht allzu langer Zeit fährt sich zum 25. Male der Lobestag Johannes Brahms'. Anlässlich dieser äußeren Tatsache sei hier eine bisher garnicht oder nur ganz wenig bekannt gewesene Anekdote, die sich den zahllosen anderen aus des Künstlers Leben würdig anreicht, mitgeteilt. Ein junger Rufus war Brahms einst Stundenlang bei einer schmerzigen Arbeit beschäftigt gewesen. Als er gehen will, bietet ihm Brahms eine seiner berühmten schweren Importen an. Der Rufus dankt ihm für diese Günstbezeugung des hochgeehrten Meisters und — steck die Zigarre ein. Worauf Brahms: „Die rauchen nicht?“ — Der junge Mann: „Ich rauche leidenschaftlich; doch diese Zigarre, die mir Johannes Brahms geschenkt hat, werde ich zeitlebens aufbewahren; sie besitzt Seltenheitswert!“ — „Dann nimm sie doch lieber eine andere“, meint Brahms trocken und reicht ihm eine billigere Sorte hin. . . .

National-Theater Mannheim.

Zar und Zimmermann.

Die Vereinerung von Wahrheit und Schönheit gab der gestrigen Aufführung das Siegel. Unter Leitung des Herrn Frh. Zw eig kamen so manche Feinheiten zutage, die in erster Linie dem Entempfinden des Dirigenten, weiterhin aber dem gut aufgelegten, mit üblicher Diction begleitenden Orchester als Saldo gebührt werden müssen. Auch der Chor gab — namentlich in der Romanze und im russischen Tanzliede — schönen Klang und hingemäßen Ausdruck. Die Besetzung war die bekannte, Frau Elise Lutzlau führte die große Finalet mit frischer Stimme und bemerkenswerter Kunst, und alles gret in bester Form. Das Männersextett mit Herrn Barling als erstem Tenor ist wohl selten so gleichmäßig schön erklingen wie gestern. Unser gestriger Zar, Herr Heinrich Elemert, derzeit am Wiener Staatsopernhause, wurde natürlich warm und herzlich bewillkommnet. Seine Stimme klang gestern sehr gleichmäßig, seine Darstellung ist vereinnert, auch die „Profa“ erschien mir neu durchgeführt. Es war also ein fröhliches Wiedersehen und ein angenehmer Vorhangabend. H. H.

3. Konzert des Philharmonischen Vereins.

E. Reithberg (Sopran), R. Lauber (Tenor), H. Ruyshbach (Klavier).

Wer die schätzliche Persönlichkeit des früheren Leiters unserer Oper, der musikalischen Beamten und des Musikvereins kennen und schätzen lernen, hat sich des gestrigen Wiedersehens gemiß gret und wird der unüßlichen Leitung unseres Philharmonischen Vereins im aufrichtigsten Dank wissen, daß sie Hermann Ruyshbach, den wir in den Jahren 1906—1909 den unsrigen nennen durften, für den gestrigen Abend gewann. Aber auch vom rein künstlerischen Standpunkt betrachtet, gehört das dritte Konzert des Philharmonischen Vereins zu den erfolgreichsten Erscheinungen der zu Ende gehenden Konzertaison. Es war ausschließlich der Solomusik gewidmet, und wenn im harmonischen Verlauf des Konzertes ein kleiner Duerstand offen blieb, so war es die Verpfanzung einiger zart geföhnter Vespäne, wie Schuberts „Gretchen am Spinnrad“, das doch erst im intimen Raum zur vollen Geltung kommen kann, in den großen Musiksaal.

Aber die Sopranistin Elisabeth Reithberg und der Kommerzänger Richard Lauber von der Dresdner Staatsoper sind so hervorragende Vertreter des Bel canto, daß man dieses kleine Manö gerne mit in Kauf nahm.

Die interessante Vortragsfolge brachte zunächst sechs Vespäne aus dem Schumann'schen Liebergylus „Dichterliebe“, welche ich

